

CORONAVIRUS

INFO-SERVICE FÜR BETRIEBE



SPIK - Sozialpolitik informativ & kurz

Newsletter Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit 26.2.2021

Inhaltsübersicht

- WIFO-Studie: Lohnnebenkostensenkung fördert Beschäftigung
- Homeoffice und Arbeitsbedingungen während der COVID-19-Pandemie
- Österreich erfolgreich bei Armutsvermeidung im EU-Vergleich
- OECD: Ohne steigende Erwerbsbeteiligung Älterer droht Abstieg

26.02.2021, 0:00

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

auch wenn Corona und die Krise den Arbeitsmarkt noch fest im Griff haben und uns permanent beschäftigen, sollte man manchmal innehalten, um in die nähere und fernere Zukunft zu schauen:

- Eine aktuelle WIFO-Studie untersucht Lohnnebenkostensenkungen anderer Länder und empfiehlt, sich vor dem Hintergrund der Krise damit zu befassen.
- Österreich hat sich bei der Armutsbekämpfung bisher relativ gut geschlagen.
- Die Alterung stellt die meisten OECD-Länder und auch Österreich in den nächsten Jahrzehnten vor gewaltige Herausforderungen. Ohne Gegenmaßnahmen droht ein Abstieg.
- Und aktuell: Die Arbeitnehmer beurteilen die heimischen Arbeitsbedingungen auch in der Krise überwiegend positiv.

Alles Gute!

Rolf Gleißner

WIFO-Studie: Lohnnebenkostensenkung fördert Beschäftigung

Zu dem Schluss kommt eine aktuelle WIFO-Studie im Auftrag des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen. Diese untersucht ausgewählte internationale Reformen und insbesondere die Effekte von Lohnnebenkosten auf Beschäftigung und BIP.

Untersucht wurden Deutschland, Belgien, Finnland, Italien und Ungarn und damit Reformbeispiele, die aus österreichischer Sicht besonders interessant sind. Die Lohnnebenkosten und die Arbeitskosten insgesamt sind eine wichtige Größe. Sie wirken sich auf die Beschäftigung aus, sind ein Kostenfaktor in der Wertschöpfung und finanzieren gleichzeitig Budget und Sozialstaat.

Eine Reihe von Ländern hat in den letzten 10 Jahren die Lohnnebenkosten massiv reduziert und dafür andere Steuern zur Sozialstaatsfinanzierung angehoben. Auch wenn Maßnahmen, Ziele und Ansätze zur Gegenfinanzierung unterschiedlich waren, zeigte sich: Senkungen von Dienstgeberbeiträgen können kurzfristig spürbare Beschäftigungseffekte ergeben. Eine dauerhafte Senkung der Dienstgeberbeiträge wird längerfristig allerdings eher in einer

Erhöhung der Reallöhne als einer höheren Beschäftigung resultieren. Vereinzelt haben sich gezielte Reduktionen der Lohnnebenkosten für bestimmte Gruppen (Ältere, Geringqualifizierte, Frauen) als effektiv erwiesen.

Untersucht wurde auch die Auswirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit. Bei einer „fiskalischen Abwertung“ wird eine Reduktion dienstgeberbezogener Abgaben durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gegenfinanziert. Das senkt Kosten und Preise für im Inland produzierte Güter, während eine Erhöhung der Mehrwertsteuer die Preise vorwiegend nicht handelbarer und importierter Güter betrifft. Das stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Unternehmen. Empirische Analysen zeigen, dass eine Verlagerung der Steuerlast weg von Arbeitseinkommen hin zu Konsumsteuern generell mit positiven BIP- und Beschäftigungswirkungen verbunden ist.

Fazit: Die gegenwärtige Krise und ihre Effekte auf vulnerable Arbeitsmarktgruppen (wie Geringqualifizierte und Jüngere) sollten Lohnnebenkostensenkungen wieder zum Thema machen.

Studie unter

[Senkung der Lohnnebenkosten und Finanzierungsvarianten. Bisherige Erkenntnisse und internationale Reformbeispiele \(wifo.ac.at\)](https://wifo.ac.at)

von [Mag. Dr. Rolf Gleißner](#)

Homeoffice und Arbeitsbedingungen während der COVID-19-Pandemie

Eine Gallup-Umfrage attestiert Arbeitgebern vor allem im Handel ein gutes Zeugnis. Der Großteil der Beschäftigten fühlt sich fair entlohnt. Fast die Hälfte der Arbeitnehmer hat 2020 im Homeoffice gearbeitet. Flexible Arbeitszeiten sind besonders beliebt.

Das Gallup Institut hat zwischen März und Dezember 2020 Arbeitnehmer zu ihrer „Einschätzung der Arbeitsbedingungen in der Krise“ befragt. Während der Handel besonders positiv abschneidet, fallen die Beurteilungen der Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich unterdurchschnittlich aus.

Arbeitgeber werden insgesamt gut beurteilt: Sie haben Mitarbeiter über Veränderungen und Entscheidungen informiert (79%), fair entlohnt (77%) und eine angstfreie Atmosphäre geschaffen (79%).

Angestellte beurteilen das Verhalten ihrer Arbeitgeber am positivsten, Beamte am kritischsten. 21% der Beschäftigten sehen ihren Arbeitgeber positiver und fühlen sich diesem mehr verbunden als vor der Krise. 16% haben eine schlechtere Meinung von ihrem Arbeitgeber und fühlen sich diesem weniger verbunden.

Homeoffice

Homeoffice wurde während der COVID-19-Pandemie besonders oft genutzt: Rund 42% der Arbeitnehmer waren im Jahr 2020 im Homeoffice tätig. Besonders hoch ist der Anteil von unter 30-Jährigen (54%), deutlich niedriger bei über 50-Jährigen (35%). Flexible Arbeitszeiten sind bei Arbeitnehmern besonders beliebt (79%).

Hybrides Arbeiten, also zum Teil im Homeoffice und zum Teil am bisherigen Arbeitsort, wird von 55% der Befragten befürwortet. Arbeitnehmer, die teils im Homeoffice, teils am bisherigen Arbeitsort arbeiteten, wünschen sich zu 84% diese Lösung für die Zukunft. Reines Homeworking finden hingegen vor allem jene attraktiv, die ausschließlich zu Hause tätig waren (64%). Mitarbeiter, die zumindest teilweise im Homeoffice arbeiteten, urteilen hier positiver als jene mit weniger Arbeitsflexibilität.

Studie unter <https://www.gallup.at/de/unternehmen/studien/2021/arbeiten-in-zeiten-von-covid-19/>

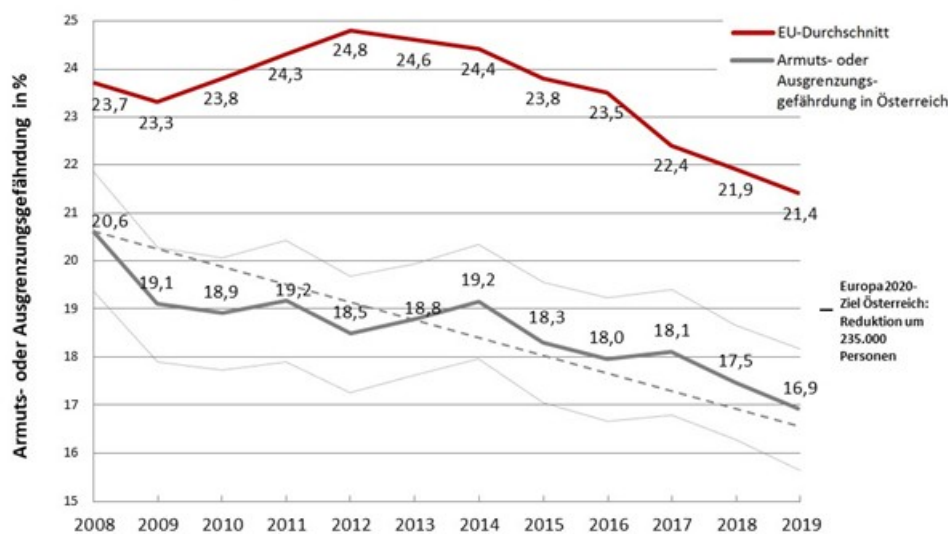
von [Dr. Ingomar Stupar](#)

Österreich erfolgreich bei Armutsvermeidung im EU-Vergleich

Die meisten EU-Länder haben die EU-Ziele zur Reduktion der Armut verfehlt. Österreich hat sie hingegen weitestgehend erreicht. Erste Zahlen zum Jahr 2020 lassen hoffen.

Die EU setzte sich 2008 zum Ziel, die Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in der EU deutlich zu reduzieren. Jedem Mitgliedsland wurde ein Armutsreduktionsziel gesetzt, das es zu erfüllen hätte. 2009/10 kam die Wirtschaftskrise und in den meisten EU-Mitgliedsländern stieg die Armut. Nicht so in Österreich. Österreich ist eines der wenigen Länder, das sein Armutsreduktionsziel 2019 (fast) erreicht hat. In Österreich waren 2019 227.000 Personen weniger armuts- und ausgrenzungsgefährdet als 2008.

Entwicklung der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung



© STATISTIK AUSTRIA

Quelle: Statistik Austria

Armutsgefährdet ist, wer weniger als 60% des Medianeinkommens erzielt. Das ist in Österreich natürlich weit höher als in den meisten EU-Staaten. Erheblich depriviert ist hingegen, wer absolut einen niedrigen Lebensstandard aufweist. Die Anteil der erheblich Deprivierten hat sich von 2008 bis 2019 in Österreich sogar von 5,9 auf 2,6% mehr als halbiert.

Viele positive Entwicklungen seit 2008 in Österreich

Österreich misst die Entwicklung des Lebensstandards nicht nur nach EU-Indikatoren, sondern auch nach nationalen Kennzahlen. Auch diese zeigen einen positiven Trend, konkret:

- weniger wiederholte Zahlungsprobleme
- besserer Wohnstandard
- mehr Bildungsaktivität

Unerfreulich ist hingegen die Entwicklung der Erwerbstätigkeit. Während in der Gesamtbevölkerung der Anteil der Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit sich langfristig stetig verbessert, ist das bei den armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Menschen nicht der Fall. Im Gegenteil: bei der Gruppe der armuts- und ausgrenzungsgefährdeten Personen ist der Anteil jener Personen mit fast keiner Erwerbstätigkeit gestiegen.

Erste Einschätzungen für das Pandemiejahr 2020

Eine erste Einschätzung der Entwicklung des Haushaltseinkommens lässt darauf schließen, dass das Medianeinkommen trotz der Krise im Jahr 2020 gestiegen ist. Gleichzeitig macht sich ein Pessimismus für das nächste Jahr bemerkbar, im Schnitt haben 15% (und damit doppelt so viele als noch 2019) eine negative Erwartungshaltung für die nächsten 12 Monate.

Fazit: Schon in der Krise 2008/09 haben die Unternehmen die Beschäftigung größtenteils gehalten und konnten danach rasch durchstarten, was sich in der Folge auch positiv auf die Armutsindikatoren auswirkte. Die ersten Daten zum Pandemiejahr 2020 lassen hoffen, dass Österreich die aktuelle Krise sozial besser bewältigt als andere Länder. Die Kurzarbeit trägt dazu sicher bei.

von Mag. Gabriele Straßegger

OECD: Ohne steigende Erwerbsbeteiligung Älterer droht Abstieg

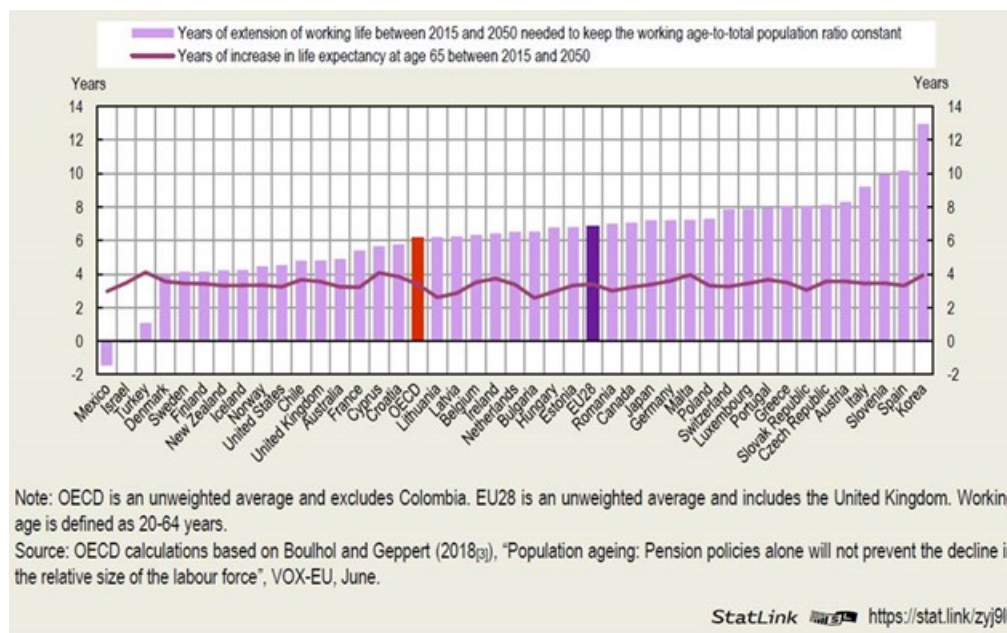
Schon jetzt sind 37% der Bevölkerung der OECD-Staaten über 65 Jahre alt, 2050 werden es 45% sein. Heute ist das Verhältnis der Altersgruppen 65+ und 20-64 Jahre 1:3, 2050 werden in den OECD Ländern auf eine Person über 65 Jahren nur mehr zwei zwischen 20 und 64 Jahren kommen. Ohne höhere Erwerbsbeteiligung Älterer droht den meisten Ländern ein wirtschaftlicher Abstieg.

Das Durchschnittsalter der Arbeitskräfte in Unternehmen wird noch schneller steigen, da die Jüngeren durch längere Ausbildung später in den Arbeitsmarkt eintreten und Ältere länger im Erwerbsleben bleiben. Der Erfolg von Unternehmen hängt damit immer mehr von der Leistungsfähigkeit ihrer älteren Arbeitskräfte ab. Dementsprechend bewerten 83 % von 5.900 befragten globalen Arbeitgebern aus 36-OECD Staaten altersvielfältige Belegschaften als wertvoll für Wachstum und Erfolg ihres Unternehmens.

Sinkende Geburtenraten – alternde Bevölkerung

Um den Anteil von Personen im Erwerbsalter an der Gesamtbevölkerung bis zum Jahr 2050 stabil zu halten, müsste dieses nicht mit 20 bis 64 Jahre, sondern mit 20 bis 70 Jahre definiert werden, in Österreich sogar bis 72 Jahre.

Sechs (in Ö acht!) zusätzliche Arbeitsjahre, um den Anteil von Personen im Erwerbsalter an der Gesamtbevölkerung konstant zu halten



© OECD

Quelle & Copyright: OECD (2020), Promoting an Age-Inclusive Workforce: Living, Learning and Earning Longer, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/59752153-en>

Blieben die Beschäftigungsquoten hingegen auf derzeitigem Niveau, sinkt der Anteil der Erwerbspersonen massiv, weil starke Jahrgänge in Pension gehen, und wegen niedriger Geburtenraten nur schwache Jahrgänge nachrücken. Die Folgen:

- Pensionssysteme und Lebensstandard in den OECD Ländern geraten unter Druck.
- Das reale **BIP pro Kopf** würde im Schnitt **um 10% bis 2050 sinken**, in der Slowakei, Polen, Slowenien, Italien, Spanien, Griechenland und Korea sogar um mehr als 15%.

Eine **Steigerung der Beschäftigungsquoten Älterer** auf das Niveau der Bestperformer Island und Neuseeland würde das sich **BIP pro Kopf bis 2050** hingegen **um 19% erhöhen**.

Gute Gesundheit und gute Bildung unterstützt längeres Arbeiten

Ältere Menschen sind heute **gesünder und besser ausgebildet**, als je zuvor. Dieser Trend wird trotz COVID-19 anhalten. Von der zwischen 2000 und 2015 um 3,7 Jahre gestiegenen Lebenserwartung waren 3,2 gesunde Lebensjahre. Die Gesundheit ist daher nicht Haupthindernis für längeres Arbeiten.

Neue wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, dass die stärkere Einbindung älterer Arbeitnehmer die Produktivität der Unternehmen steigert. Die Zusammenarbeit von Arbeitnehmern unterschiedlichen Alters bewirkt einen **Spillover-Effekt an Produktivität** durch die wechselseitige Ergänzung von Fähigkeiten, Wissen und Erfahrung der verschiedenen Altersgruppen. Empfohlen werden daher folgende Maßnahmen:

- Aktives Ansprechen aller Altersgruppen im Recruiting-Prozess
- Halten von Mitarbeitern aller Altersgruppen durch flexible lebensphasenbezogene Arbeitsmodelle
- Weiterentwicklung von Talenten und Fähigkeiten über das gesamte Erwerbsleben
- Gesunde Arbeitsbedingungen

Eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer schadet keineswegs den Jüngeren, im Gegenteil. Staaten mit hohen Erwerbsquoten Älterer haben auch hohe Erwerbsquoten bei den Jüngeren (D, CH, NL, DK). Strategien, durch eine Herabsetzung des Pensionsantrittsalters die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, haben sich als unwirksam erwiesen.

Fazit

Die Zusammenarbeit mehrerer Generationen im Betrieb steigert die Produktivität. Das alles ermöglicht eine produktive Verlängerung des Erwerbslebens

bei guter Gesundheit und steigert den Lebensstandard. Doch sollten auch familienfreundliche Maßnahmen die extrem niedrigen Geburtenraten in der EU anheben und damit die demografische Entwicklung stabilisieren.

Download OECD Report: **An Age-Inclusive Workforce, Living, Learning and Working Longer** <http://www.oecd.org/employment/promoting-an-age-inclusive-workforce-59752153-en.htm>

von [Mag. Maria Kaun](#)


Impressum

Wirtschaftskammer Österreich

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit


Leiter: Mag. Dr. Rolf Gleißner

Telefon: +43 (0)5 90 900 428 6 

sp@wko.at

<https://wko.at/sp>

Das könnte Sie auch interessieren



WKÖ EU-Wirtschaftspanorama 41/2021

Ausgabe 3. Dezember 2021 > mehr



WKÖ EU-Wirtschaftspanorama 39/2021

Ausgabe 19. November 2021 > mehr



WKÖ EU-Wirtschaftspanorama 1/2022

Ausgabe 14. Jänner 2022 > mehr